

CARSTEN GERMIS

EIN WORTGEWALTIGER GNOSTIKER

Robert Habeck, Träger des Ludwig-Börne-Preises 2023 für die Freiheit politischer Sprache. Eine Fehlentscheidung

Juni 2023, Paulskirche in Frankfurt: Hier, im Symbol der bürgerlichen, liberalen deutschen Demokratie, wird der grüne Vizekanzler Robert Habeck mit dem Ludwig-Börne-Preis geehrt. Ausgerechnet Habeck. In den Ohren vieler Eigenheimbesitzer, Mieter und einer durch die stetig steigende Zahl staatlicher Vorschriften bedrückter Kleinunternehmer muss es wie Hohn klingen, wenn sie die salbungsvollen Lobeshymnen auf den Wirtschaftsminister und selbsternannten Retter des Weltklimas hören. »In den Zwängen der Politik erkämpft er sich auf beeindruckende Weise Freiräume durch Nachdenklichkeit«, heißt es in der Begründung für die Preisverleihung an den grünen Minister. Nachdenklich? »Das ist alles notwendig und die Zeit drängt« – so reagiert Habeck auf Kritik an seinem Verbotsgesetz für neue Gas- und Ölheizungen, obrigkeitlich und autoritär. Ohne große öffentliche Debatte und mit Druck will er seine Pläne durch den Bundestag peitschen. Dass seine Pläne Haus- und Wohnungseigentümer faktisch enteignen, dass die als Allheilmittel gepriesenen Wärmepumpen in vielen Altbauten sehr teuer und ineffizient sind und zum Großteil mit Kohlestrom betrieben werden, dass seine Pläne dem Klima kaum etwas nützen, aber den sozialen Frieden in Deutschland gefährden, das ficht Preisträger Habeck nicht an. Dabei prägen angeblich doch gerade »gesellschaftswissenschaftlich informierte und lebensweltliche Reflexion« die Äußerungen des Ministers.

Als er seine Entscheidung, den grünen Politiker zum Preisträger zu machen, mit diesen Worten begründete, wies der für Kultur zuständige Herausgeber der *FAZ*, Jürgen Kaube, darauf hin, dass wir in Deutschland in der steten Gefahr lebten, »dass im politischen Gespräch Argumente nichts mehr zählen, sondern »Narrative««. Habeck rage in seinen Augen »unter denen heraus, die sich dem als Politiker und politischer Publizist widersetzen«. Wirklich? Als der *FAZ*-Journalist das im Frühjahr 2023 schrieb, da schwamm er mit seiner Einschätzung sicher im publizistischen Mainstream. Der *Spiegel* widmete Habeck unter der Überschrift

»Der Wortgewaltige« wenige Monate später sogar eine Titelgeschichte. »Dieser Mann kommuniziert besser als die anderen Politiker. Dieser Mann trägt einen neuen Ton in die Politik, frisch, offen, ehrlich«, lobte das Hamburger Sturmgeschütz des politisch korrekten Denkens den grünen Minister. Der Artikel endet mit einem Zitat Habecks in schönster links-grüner Seelenselbstbeschau: »Das fällt mir ja total schwer, ich bin emotional bei allen Menschen, aber mein Job ist im Moment, nicht emotional zu handeln, sondern abgewogen, informiert und umsichtig.«

Habeck ist Schriftsteller. Gemeinsam mit seiner Frau Andrea Paluch hat er zahlreiche »fortschrittliche« Romane für Jugendliche geschrieben. Er promovierte in Literaturwissenschaft mit einer Arbeit über *Die Natur der Literatur. Zur gattungstheoretischen Begründung literarischer Ästhetizität*. Der Mann kennt sich also aus mit Sprache. Das hebt den grünen Vizekanzler gerade für die kulturell herrschende Klasse links-grüner Sinnvermittler wohltuend ab vom Kanzler, der schon als Generalsekretär der *SPD* zu Zeiten Gerhard Schröders den Spitznamen »Scholzomat« bekommen hat. Während Olaf Scholz bis heute lieber schweigt, hat Habeck sogar ein Buch über politische Sprache geschrieben. Und das Vorwort zu einer Neuübersetzung von George Orwells *1984*. Wer diese Bücher liest, dem wird schnell deutlich, dass wohl kaum ein anderer deutscher Spitzenpolitiker so in Narrativen denkt wie Habeck. »In der Politik ist Sprache das eigentliche Handeln. Ganz buchstäblich«, schreibt er.¹ Und natürlich versuchen Politiker, »mit Begriffen und Sätzen Deutungsmuster zu schaffen und damit die Wirklichkeit in ihrem Sinn zu gestalten«, denn das »ist die Idee der Demokratie«.² Was aber ist das anderes als ein Narrativ, also eine politische Erzählung? Habeck ist ein Meister der ideologischen Erzählung und der Denk- und Redeverbote, mit denen er sich dem politischen Streit um Fakten durch Skeptiker und Kritiker seiner Politik zu entziehen versucht. »Was wir aussprechen, wird Wirklichkeit«, ordnet er an.³

Gerade der Streit um seine Pläne, in einer gesetzgeberischen Hauruckaktion den Einbau neuer Gas- oder Ölheizungen zu verbieten, zeigt das deutlich. Nachdenklichkeit und »emotional bei den Menschen sein«, hört sich beim Vizekanzler so an: »Da hätten wir Vorhaben von Anfang an besser erklären müssen.«⁴ Dann beschreibt er den Rahmen einer neuen großen Klimaerzählung, mit der er glaubt, den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Unsinn seiner Verbots politik besser verkaufen zu können. »Wir hätten das Ganze als gemeinsame Umsetzungsgeschichte erzählen müssen, nicht als die einer staatlichen Regulierung.« Einer der härtesten staatlichen Eingriffe in das Eigentum und in die private Alterssicherung der Menschen sollte nach Ansicht des Ministers also besser als nettes Narrativ aller zur Klimaretung erzählt werden, für die eben alle Opfer bringen müssten. Deswegen kommt in seiner Sprache das Wort Verbot nicht vor. »Ich würde eher von Regeln sprechen und zwar zum Wohle von allen«, sagt er. Weil nur er weiß, was dem Wohle aller dient, hält er seine »Regeln« für gerecht. Schließlich »gelten für alle die gleichen Regeln«. Freiheit wird so zur Einsicht in die Notwendigkeit. Ludwig Börne, dem die Freiheit gegen den Obrigkeitsstaat über alles ging, würde sich wohl verwundert die Augen reiben.

Der Wirtschafts- und Klimaschutzminister ist ein Etatist, er denkt die Welt vom nahezu allumfassenden Staat her. »Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur den Rahmen setzen«, sagt Habeck. Vor allem in den öffentlich-rechtlichen Medien findet er für seine planwirtschaftlichen Ideen Verständnis; Meldungen, er habe im Ministerium das Foto des Vaters der sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhard, abnehmen lassen, blieben nahezu unbeachtet. Der »nachdenkliche« Politiker hat sich vom ersten Tag an als knallharter Machtpolitiker und als Chefideologe einer irrationalen, aber vom Staat mit Verboten und massiven Markteingriffen erzwungenen grünen Transformation der Wirtschaft gezeigt. »Ich will nicht eine Energie- und Klimaschutzabteilung, die Preise erhöhen oder Dinge verbieten will, und eine Industrieabteilung, die dagegen arbeitet. Dann wäre das Haus gelähmt.« Gelähmt ist nach dem ersten Jahr Habeckscher Wirtschaftspolitik im Ministerium nur die Wirtschaft. Die Deindustrialisierung und die Vernichtung von Volksvermögen nimmt Fahrt auf.

Im Amtssitz in der Berliner Invalidenstraße schafft der grüne Machiavellist klare Verhältnisse. Auf allen wichtigen Spitzenpositionen hat er treue Gefolgsleute

des grünen Wirtschafts- und Gesellschaftsumbaus untergebracht. Da ist sein Staatssekretär Patrick Graichen, politisch sozialisiert im Bundesumweltministerium unter Jürgen Trittin, dem geistigen Vater der Energiewende. Graichen diente Trittins Staatssekretär Rainer Baake als persönlicher Referent, war dann beim Öko-Abmahnverein Deutsche Umwelthilfe und schließlich Direktor der Initiative »Agora Energiewende« – deren Projekte er jetzt nahezu eins zu eins umzusetzen versucht. Neben ihm agieren als beamtete Staatssekretäre der langjährige grüne Umweltaktivist Sven Giegold und die Hamburger Grüne Anja Hajduk, die im Ministerium auch für Personal und Personalplanung zuständig ist. Als Parlamentarischer Staatssekretär ist der grüne Abgeordnete Michael Kellner mit im Team, der mit Graichens Schwester verheiratet ist. Robert Heinrich aus der grünen Parteizentrale, einst Büroleiter der heutigen Umweltministerin Steffi Lemke, leitet für Habeck den Koordinierungsstab. Der Grüne Klaus Müller wurde im Rahmen der Koalitionsverhandlungen an die Spitze der Bundesnetzagentur gehievt. Selbst Kandidaten für Referatsleiterposten werden eigenhändig ausgewählt und die Stellen ohne Ausschreibung besetzt. Normalerweise arbeiten dort Laufbahnbeamte, doch Habeck besteht auf einem »besonderen Vertrauensverhältnis«. Der Minister treibt die Politisierung der Verwaltung bis auf die mittleren Verwaltungsebenen voran. Beamte mit Sachverstand, die Skepsis zeigen, werden versetzt. Vielleicht erklärt auch das die Pannenserie bei den Gesetzesvorhaben des Vizekanzlers. Es bestätigt die historische Erfahrung, dass Ämterpatronage und Korruption, sobald sie als funktionaler Teil eines politischen Systems allmählich in dieses eingegliedert werden, »mit einem öffentlichen Dienst unvereinbar (sind), der sich auf das Eignungsprinzip stützt«.⁵

Die Gefahr, die diese an ideologischer Gefolgschaftstreue statt fachlicher Qualifikation ausgerichtete Vetternwirtschaft im Parteienstaat in sich birgt, hat der Philosoph Karl Jaspers schon in der Bundesrepublik der 1960er Jahre mit Sorge gesehen. »Die Parteien, die keineswegs der Staat sein sollten, machen

1 Robert Habeck: Wer wir sein könnten. Warum unsere Demokratie eine offene und vielfältige Sprache braucht. Köln 2018, S. 17.

2 Ebenda, S. 27.

3 Ebenda, S. 11.

4 Da Habeck hier oft zitiert wird, sind die Quellen außer den Zitaten aus seinen Büchern nicht einzeln nachgewiesen. Die wörtlichen Zitate sind Reden, Interviews des Ministers sowie Zeitungsartikeln und Pressemitteilungen entnommen.

5 Carl J. Friedrich: Pathologie der Politik. Frankfurt/Main 1973, S. 131.

sich, entzogen dem Volksleben, selber zum Staat«, warnte Jaspers. »Die Staatsführung liegt in den Händen der Parteienoligarchie. Sie usurpiert den Staat.«⁶ Staatsgesinnung werde zur Untertanengesinnung, Kritik an der Politik der Regierung werde nicht gerne gesehen, grundlegende Opposition bekämpft. Natürlich gab es damals trotz der Notstandsgesetze keinen Plan zur Errichtung einer Diktatur. Natürlich plant auch der Vizekanzler heute keine Diktatur. »Aber es koinzidieren Kräfte, Gesinnungen, Wege, die dorthin führen könnten.«⁷

Und das macht Habecks politische Sprache so gefährlich. Er spricht zwar viel vom Markt, von einer ökologischen Marktwirtschaft. Gleichzeitig treibt er das Land immer stärker in eine grüne neomerkantalistische Planwirtschaft. Man möchte bei dieser Diskrepanz zwischen Reden und Taten schon von einer »Tarnungspraxis« sprechen. Höhepunkt der politischen Heuchelei und Verlogenheit war Habecks Kommentar zur Nutzung der Atomkraft im Kriegsland Ukraine. »Die Ukraine wird an der Atomkraft festhalten«, murmelte er dort in die Mikrofone. »Das ist völlig klar – und das ist auch in Ordnung, solange die sicher laufen. Sie sind ja gebaut.« Das sagt der Politiker, der wider alle ökologische und ökonomische Vernunft den befristeten Weiterbetrieb von drei sicheren Atomkraftwerken in Deutschland stoppt und mit Kohlekraftwerken als Ersatz den CO₂-Ausstoß dramatisch erhöht.

Nicht nur bei der befristeten Weiternutzung der Atomenergie, nahezu überall zeigt sich Habeck unfähig zu einem politischen Kompromiss, der andere als die eigenen Interessen als berechtigt anerkennt – auch wenn er öffentlich das Gegenteil behauptet. »Demokratie ist Ausgleich der Interessen«, sagt er gerne. Oder: »Wer keine Gegenrede zulässt, lässt sich in Wahrheit nicht auf die Wirklichkeit ein.«⁸ Was denkt dieser Mann bei solchen Sätzen aus dem Metaphernapparat über seine eigene Politik, wenn er morgens in den Spiegel schaut? Als sein Gesetzentwurf für Deutschland als Wärmepumpenland an die *Bild*-Zeitung gegeben wurde, sprach er wütend von »Durchstechereien«, mit denen das Vertrauen in die Regierung untergraben werden solle. Bloß keine öffentliche Diskussion über das, was Graichen und Co. im Hinterzimmer am grünen Tisch entworfen haben und möglichst geräuschlos durch das Parlament bringen wollten. Kritik an seinen Plänen wies Habeck auf der Fraktionsklausur der Grünen in Weimar im März 2023 pampig und beleidigt zurück. Es könne nicht sein, »dass in einer Fortschrittskoalition nur ein Koalitionspartner

für den Fortschritt verantwortlich ist und die anderen für die Verhinderung von Fortschritt«, sagte er. Auf einen Bundestagswahlkampf, der jene belohne, die am wenigsten Probleme gelöst hätten, »da haben wir alle keinen Bock drauf«. Wohlgermerkt, hier spricht der Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Hört man Habecks Reden aufmerksam zu, schimmert immer wieder durch, was der Literaturkritiker und Germanist Magnus Klaue als »Sprache einer post-modernen, sich bürgernah dünkenden Obrigkeit« beschreibt, »die, sobald sie Widerspruch erntet, passiv-aggressiv wie ein narzisstisch gekränktes Kleinkind reagiert«.⁹ Besonders deutlich wurde das, als der Wirtschaftsminister im Sommer 2022 die von seiner Entourage in Berlin entworfene Gasumlage wieder einkassieren musste. Selbstkritik oder – um Preisredner Kaube zu zitieren – ein in den Zwängen der Politik in beeindruckender Weise erkämpfter Freiraum durch Nachdenklichkeit? Nichts dergleichen. Habeck suchte Schuldige. »Eine Legion von Juristen hat mir das so erklärt, dass es nicht anders gehen kann.« Es folgte ein für den amtierenden Wirtschaftsminister bemerkenswertes Eingeständnis der Unwissenheit: »Weil wir aber nicht wussten, das muss man ehrlicherwise sagen – und niemand wusste das –, wie dieser Gasmarkt verflochten ist, welche Firmen irgendwelche Anteile an Töchtern und so weiter haben, ist durch diese im Prinzip richtige Entscheidung ein Problem entstanden.« So ist das, wenn Ideologen im Ministerium Fachleute ersetzen. Es folgte die für Habeck übliche Mischung aus Selbstmitleid und Aggression. Nun habe er »ein politisches Problem. Das hat mir die letzten 48 Stunden den Tag ganz schön versauert.«

Dabei tritt der »empathische« Minister gerne auch mal nach unten, wenn er zum Beispiel im ZDF erzürnten Bürgern, denen die staatliche Gas- und Strom-Hilfe nicht reicht, patzig entgegnet: »Und wenn jemand sagt, ich helfe nur, wenn ich noch mal 50 Euro kriege, dann würde ich sagen: Die kriegst du nicht, Alter.« Das ist nun wirklich die Sprache derer, »die wenig können und trotzdem wissen, dass sie die Macher sind. Sie wendet sich an die Bevölkerung wie an ein Kollektiv, mit dem man Geduld hat, solange es sich fügt, im Fall renitenten Widerspruchs aber harsch umzugehen vermag.«¹⁰

Der Börne-Preisträger 2023 ist ein Meister der ideologischen Sprache; ein Meister darin, sich nachdenklich und zerknirscht zu inszenieren und dabei politische Sprache als Medium der Verständigung in ein Medium der Macht- und Herrschaftssicherung zu verwandeln. Er ist ein Gnostiker, denn »im Gnostizis-

mus ist die Nichtanerkennung der Realität eine Sache des Prinzips.«¹¹ In Habecks grüner Politik verbindet sich das gnostische Heilsversprechen seiner Lehre mit der – aus Machtinteresse nur gespielten? – Angst vor der Apokalypse. Deswegen spricht er nicht mehr vom »Klimawandel«, sondern lieber in einem dramatischeren Narrativ von der »Klimakrise« oder der »Klimakatastrophe«. Die Grünen und er täten das bewusst, »um die Dramatik der Situation wenigstens etwas deutlicher zu machen.«¹² Habeck hat sich mit seiner Führungsspitze im Wirtschaftsministerium fest in einer »zweiten Realität« eingerichtet und macht jetzt in der Regierung die Erfahrung, die der Politikwissenschaftler Eric Voegelin als Teil der gnostischen Krise und Krankheit des Westens beschrieben hat. »Wenn Imaginatoren Zweiter Realität dazu übergehen, ihre imaginierten Annahmen in die Tat umzusetzen, und versuchen, die Welt der gemeinsamen Erfahrungen ihren jeweiligen Träumen konform zu machen, werden Anzahl und Größe der Friktionen mit der Realität rasch zunehmen.«¹³

Ein Problem für Habeck und sein Milieu, das angstgetrieben Wirtschaft und Gesellschaft in kürzester Zeit *transformieren* will, ist, dass das Ausblenden der Realität eine komplexe Operation ist. Der Klimaschutzminister entwirft eine Idee von Transformation, die sich von der Realität abkoppelt und Bilderfolgen hervorbringt, weil er vorgibt, sich auf die Wirklichkeit zu beziehen, was er faktisch aber nicht tut. Den Irrtum blendet er aus, andere Erfahrungen in der politischen Debatte lässt er außer Acht, weil ja nur er und seine Leute »für den Fortschritt verantwortlich« sind. Deswegen ist für diese Gnostiker die »böse« Vergangenheit tot. Sie »leben in einer apokalyptischen Gegenwart, in der ein rückständiges ›Volk‹ von der geschichtlichen Avantgarde der ›Philosophen‹ zur Reife geführt werden soll.«¹⁴

Natürlich muss ein solches Narrativ, das eine zweite Realität erschafft, in ausreichendem Maß Ereignisse und Aspekte der ersten Realität aufnehmen. Das tut Habeck mit dem Klimawandel auch. Doch statt sich nüchtern auf die absehbaren Szenarien einzustellen, wird der Kampf um die Biosphäre von den grünen Gnostikern im Wirtschaftsministerium religiös erklärt, moralisch aufgeladen und vom planenden Staat politisch instrumentalisiert. Dann sprechen Habeck, Graichen und Co. vom »Marktkorrekturmechanismus«. »Wir werden also strukturieren müssen, hier im Haus«, sagte Habeck in seiner Rede vor den Mitarbeitern des Ministeriums bei der Amtseinführung. »Wir müssen dafür sorgen, dass das Geld einen Hebel hat, dass tat-

sächlich dann die ökonomischen Prozesse in Gang kommen.« Der Staat bestimmt den Kampf gegen den Klimawandel mit Verboten und mit Subventionen. Das sichert den Kartellen und Monopolisten staatlich subventionierte Monopolrenditen, etwa dann, wenn sie auf Wasserstoff umstellen. Mittelständische Unternehmen und Handwerker treibt diese kalte, technokratische Politik in den Ruin. Wo es staatlichen Kauf- und Abnahmezwang gibt, gibt es keine Markt-, sondern Phantasiepreise.

Wenn aber Habecks Drohung mit der Klimakatastrophe und die symbolische Ausrufung eines Klimanotstandes mehr sein soll als ein ökologischer Moral- ausweis, wird es bedenklich. »Denn die Rhetorik des Notstands signalisiert ja, dass man es bei dem, was gegen eine Krise unternommen werden sollte, mit Verfassungen und Bürgerrechten nicht mehr so genau nehmen muss.«¹⁵ Der Grünen-Politiker flirtet schon lange offen mit dem Ausnahmezustand. Auf dem Höhepunkt der Einschränkungen während der Corona-Pandemie 2020 forderte er etwa erneut ein Tempolimit mit dem Hinweis, nachdem Schulen und Geschäfte lange geschlossen hätten, sei es noch lächerlicher, als es schon vorher war, sich gegen ein allgemeines Tempolimit zu sträuben. Unabhängig davon, wie sinnvoll ein Tempolimit sein mag, besteht »im Rauch der großen Krisenrhetorik« bei diesem Denken und Sprechen die große Gefahr darin, »dass die Grundhaltung der reflexiven Moderne durch einen lautstark proklamierten Notstandskonsens außer Kraft gesetzt wird. Zuwiderhandlungen werden mit Ächtung bestraft.«¹⁶

Habecks Reden und seine Bücher bestätigen erschreckend die These, dass alle ideologischen und totalitären Bewegungen auf der Annahme beruhen, ihr Credo sei repräsentativ für die Menschheit. Die Deutschen sollen mit grüner Politik das Weltklima retten. Sie werden damit reduziert auf eine Funktion in der Geschichte in einem historischen Plan, den nur die grünen Gnostiker kennen. »Und wenn jemand so umnachtet ist, dass er nicht um seine Zugehörigkeit zu

6 Karl Jaspers: *Wohin treibt die Bundesrepublik?* München 1988, S. 133.

7 Ebenda, S. 146.

8 Habeck, *Wer wir sein könnten*, S. 29 f.

9 www.welt.de/debatte/kommentare/plus240707807/Robert-Habecks-Reaktion-auf-die-Gasumlagen-Blamage-Wie-ein-Kleinkind.html

10 Ebenda.

11 Eric Voegelin: *Die Neue Wissenschaft der Politik*. München 2004, S. 177.

12 Habeck, *Wer wir sein könnten*, S. 24.

13 Eric Voegelin: *Realitätsfinsternis*. Berlin 2010, S. 16.

14 Ebenda, S. 35.

15 Konrad Paul Liesmann: *Lauter Lügen*. Wien 2023, S. 185.

16 Gerhard Schulze: *Krisen. Das Alarmdilemma*. Frankfurt/Main 2011, S. 35.

dem auserwählten Menschheitszeitalter weiß, das die jeweiligen Intellektuellen repräsentieren, hat er einfach Pech gehabt.«¹⁷ Jedenfalls muss er sich der Klimaretterobrigkeit unterwerfen. Habeck schafft es mit diesem Denken, in seinem Vorwort zur Neuübersetzung von George Orwells *1984* zu einem Autor zu werden, der im feinsten Orwellschen *Neusprech* über *Neusprech* schreibt. Er verliert dabei jeden selbstkritischen Bezug zur eigenen politischen Sprache. Zwar stellt er fest, »wir erleben, wie das Gift des totalitären Denkens auch in das Fundament der Demokratie einsickert und sie von innen auszuhöhlen droht.«¹⁸ Doch die Gefährder der Demokratie stehen bei ihm ausnahmslos rechts. Es sei die AfD, die Hass und Hetze praktiziere, und immer wieder auch ein paar Konservative aus CDU und CSU. Für Habeck gilt: »Freiheit – auch die der Sprache und der Rede – und Verantwortung gehören zusammen.«¹⁹ Doch was heißt »Verantwortung«, wenn sich heute die alte Parole der Linken, »die herrschende Sprache ist die Sprache der Herrschenden«, gegen die neue grüne Klasse der Sinnvermittler selbst wendet? Was ist, wenn Habeck in seinen Büchern von einer politischen Sprache schreibt, über die nur die herrschende Klasse verfügt und in die sich jeder einfügen muss, der mitherrschen will? Der grüne Vizekanzler hat das in seinem Vorwort zu Orwells Roman *1984* klar benannt. Er empört sich darüber, dass »diejenigen, die alle Grenzen des Sagbaren verschieben und überschreiten«, sich darüber beklagten, »dass es in Deutschland Sprechverbote gebe.«²⁰ Für Habeck sind das »die Rechten«, sprich: neben der AfD alle jene, die seiner Klimaretterpolitik skeptisch gegenüberstehen. Sie hält er politisch für gefährlich. In seinen Augen ist »eine Politik, die auf Widerspruch angelegt ist« eine Gefahr.

Selbst der Übersetzer der Neuausgabe von *1984*, für die Habeck das Vorwort geschrieben hat, schüttelt darüber den Kopf. »Robert Habeck hat ein Vorwort zu meiner Übersetzung geschrieben, in dem er sich auf Trump und die AfD stürzt, aber das ist nicht die alleingültige Sicht«, sagt Lutz-W. Wolff.²¹ Der Roman sei ein Vexierbild, er habe mehrere doppelte Böden. Für ihn selbst, so der Übersetzer, beginne »Neusprech aber schon bei den Verrücktheiten wie Gendersternen, die uns momentan aufgedrückt werden«. Wer als Bürger Post von seiner kommunalen Verwaltung bekommt, wer »fortschrittliche« Medien liest, wer die tägliche Klima-Hysterie oder queere Vorabendkrimis in ARD und ZDF schaut, der weiß, wovon Wolff spricht, wenn er sagt: »Political Correctness ist übrigens genau das, wogegen Orwell angeschrieben hat.« In *1984*

beschreibe er genau die Methoden der Bewusstseinsindustrie, »die in den westlichen Demokratien dazu dient, die Menschenmassen zu beherrschen. Interessanterweise finden die meisten Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, die heute in Deutschland und Europa stattfinden, größtenteils mit Zustimmung der Bevölkerung statt.«

Eben darauf aber setzen Habeck, Graichen und Co. mit ihren staatlichen Eingriffen, die vom betreuten Denken bis zur technischen Ausstattung des Heizungskellers reichen. Der Börne-Preisträger 2023 pflegt eine politische Sprache, über die nur die herrschende Klasse grüner Sinnvermittler verfügt und der sich unterordnen muss, wer im politischen Spiel der neuen deutschen Demokratie mitspielen möchte. Habecks Klasse allein bestimmt im »demokratischen Streit« die unveränderbaren »Grundannahmen, innerhalb derer gestritten werden kann und soll.«²² Des Vizekanzlers aggressiven Ausfälle gegen anderes Denken erinnern fatal an den von Theodor Adorno – unter anderen historischen Bedingungen – geschilderten »Usurpator-komplex«, in dem die Täter für sich legitimieren, was sie ihren Opfern vorwerfen. Und: »Wer seine antidemokratischen Neigungen nicht bekennen will, bevorzugt den Standpunkt, die Demokratie ginge schon in Ordnung, wenn nur das Volk besser erzogen und ›reifer‹ wäre.«²³

Erinnern wir also an Arnold Gehlen, der schon vor langer Zeit auf die »Moralhypertrophie« gegenüber Andersdenkenden hingewiesen hat, die die »Aufstiegsleiter für die neue Gegen-Aristokratie der von Verantwortung nicht betroffenen Idealisten« sei, »deren Wirkungschance ja im Angriff liegt.«²⁴ So wird die Betreuung des Denkens im planenden und vormundschäftlichen Staat zum »Legitimitätsprinzip der Herrschaft für diejenigen, die anderen die ›Legitimationskrise‹ predigen.«²⁵ Widersprechen wir also Kaubes Lobeshymnen auf Habeck, den Verfechter totalitärer Sprache in Deutschland. »Denn es ist Wahnsinn, sich in der Lüge einzurichten.«²⁶

17 Eric Voeglin: *Das Drama des Menschseins*. Wien 2007, S. 87.

18 Robert Habeck: Einleitung zu George Orwell »1984«. München 2021, S. 5.

19 Ebenda, S. 16.

20 Ebenda, S. 8.

21 Lutz-W. Wolff im Interview mit der Münchner *Abendzeitung* vom 22.01.2021, S. 27.

22 Habeck, *Wer wir sein könnten*, S. 31.

23 Theodor W. Adorno: *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt/Main 1995, S. 240.

24 Arnold Gehlen: *Moral und Hypermoral*. Frankfurt/Main 2004, S. 186.

25 Helmut Schelsky: *Die Arbeit tun die ändern. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*. Opladen 1975, S. 371.

26 Gehlen, S. 188.